

Landes ist, in folgender Sach, den wir im Organ des ADGB, der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 32 finden, bezeichnend für die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB in Bezug auf die Arbeitslosenfragen.

Es heißt dort:

„Gewerkschaften und Regierung wünschen die baldige Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Eine Arbeitslosenversicherung ohne Begrenzung der Unterstützungsdauer ist nicht denkbar.“

Also: Fort mit der Pflicht des Staates, für die Erwerbslosen zu sorgen, die Staffelung der Unterstützungssätze und die damit verbundene Spaltung der Arbeitslosen infolge der großen Differenzen zwischen den Unterstützungssätzen, die Begrenzung der Unterstützungsdauer und damit das Wüten der kapitalistischen Hungerpest, das „wünschen die Führer des ADGB und die Regierung“.

In der Tat, es gibt nichts Erbärmlicheres als die deutsche Gewerkschaftsbürokratie, die zu feige ist, die Arbeiter zum Kampf gegen die soziale Reaktion zu führen, aber sich den Arbeitern gegenüber stark genug fühlt, offen für die kapitalistischen Kautschukpläne einzutreten.

Es muß unbedingt Aufgabe eines jeden wirklich klassenbewußten Gewerkschafters sein, den Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung und für den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge in den Gewerkschaften zu führen. Die Gewerkschaften müssen gegen den Willen der Bürokratie gewonnen werden, für den Kampf um die Existenz der Arbeiterklasse, gegen die Nationalisierungspolitik der Kapitalisten, deren Erfolg ein Elend von ungeheurer Ausdehnung bedeutet.

Die Gewerkschaften werden erst dann ihre volle Werksamkeit zurückgewinnen, wenn es den klassenbewußten Gewerkschaftlern gelingt, die Gewerkschaften gegen die Wünsche und Pläne der Kapitalisten und gegen den Willen der arbeitseigenen Bürokratie in den Kampf zu stellen, für ausreichende Erwerbslosenunterstützung vom ersten bis zum letzten Tage der Erwerbslosigkeit nach dem Prinzip der Fürsorge und gegen die Versicherung mit Beitragspflicht der Arbeiter.

Angriffe gegen das Wahlrecht

Das preussische Innenministerium für ein Klassenparlament der Industriellen.

Berlin. Der preussische Ministerdirektor von Vedden vom Innenministerium unternimmt als Vertreter der preussischen Staatsregierung scharfe Vorstöße für eine Verschlechterung des Wahlrechts. Er bedient sich dabei des preussischen Senators. Diese reaktionäre „Erste Kammer“ Preußens soll nach dem Willen des Ministerdirektors nicht mehr von den Provinzialparlamenten gewählt werden, sondern „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ zusammengefaßt werden. Das bedeutet praktisch die Errichtung eines neuen Klassenparlamentes, das planmäßig den Einfluß des preussischen Landtages eindämmen soll. Da der Ministerdirektor Vedden als Untergebener Seewings bisher von diesem nicht zurückgewiesen worden ist, scheint er tatsächlich im Auftrag der preussischen Koalitionsregierung zu handeln. Die reaktionären Pläne leiten die Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen zweifellos ein.

Kommunistenjagd in München

Am vergangenen Donnerstagabend 9 Uhr begann in ganz München eine Kommunistenjagd, die mit dem Aufgebot der gesamten Kriminalpolizei und einem großen Teil blauer Polizei durchgeführt wurde. Eine vom Reichstagsabgeordneten Genossen Buchmann einberufene Sitzung wurde aufgehoben und alle Teilnehmer körperlich durchsucht. Der Reichstagsabgeordnete Buchmann wurde auf seine Verurteilung hin, sich körperlich durchsuchen zu lassen, in Haft genommen. Arbeiter fanden Hausdurchsuchungen in Verlaß und Redaktion sowie bei allen führenden Genossen in den Wohnungen statt. Die Beamten geben vor, nach Material zu suchen, aus dem hervorgeht, wie der Kampf zur Behauptung der Arbeiterklasse durch den Kongreß der Werktätigen durchgeführt werden soll. Bei dem Genossen Schewski beschlagnahmten die Beamten Dokumente, die für seine Verteidigung in dem Prozeß, den der Justizminister Gütters gegen ihn angezettelt hat, von Bedeutung sind.

Gegen den „hochverräterischen“ Kongreß der Werktätigen für die Begünstigung der Fememörder.

Die Asasia auf die Münchener Kommunisten stellt sich als ein großangelegtes Manöver gegen den Kongreß der Werktätigen heraus. Die gesamte Kriminalpolizei und eine größere Abteilung blauer Polizei durchsuchte die Räume der „Freien Verlags-G. m. b. H.“, der Redaktion der „Neuen Zeitung“, die Arbeitssäle des Reichstagsabgeordneten Genossen Buchmann. Unter Brand der Zuminde des Genossen Buchmann wurde er gewaltsam durchsucht, trotzdem er die Beamten auf das unangehörige und unautorisierte Verhalten aufmerksam gemacht hatte. Genosse Buchmann wurde mit zwei anderen Genossen verhaftet und abtransportiert. Aufmerksam wurden fünf Beamte in die Bureauräume eines Münchner Reichstagsabgeordneten ein und begannen mit der Durchsuchung. Dann erst wurde Genosse Buchmann in die bereits durchsuchten Räume geführt. Wiederum unter Vorweis der Genossen Buchmann war die Münchener Polizei in diesen Bureauräumen eingeschritten, wo die Durchsuchung bis fast 2 Uhr nichts anbaute.

Zugleich wurden die Redaktions-, Verlags- und Druckereiräume der „Neuen Zeitung“ durchsucht. Der leitende Beamte behauptete die unangenehme Tatsache, einen telephonischen Anruf so zu beantworten, als sei er ein Angehöriger des Bezirgs.

Dem Tische des Genossen Schewski entnahmen die Beamten mehrere Papiere, die für die Führung der Verteidigung in dem vom Justizminister Gütters angestrebten Verfahren von Bedeutung sind. Trotzdem die Beamten darauf aufmerksam gemacht wurden, daß die Fortnahme der Papiere eine Begünstigung der Fememörder und der mangelhaften Verteidigungsmittel darstelle, wurden die Manuskripte beschlagnahmt und blieben 12 Stunden in den Händen der Polizei.

Die Beamten gaben überall an, sie hätten den Auftrag, Material darüber herbeizuschaffen, wie der „Kampf“ für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die Arbeiter- und Bauernregierung, wie er im Hinblick für den Kongreß der Werktätigen geschildert wird, geführt werden soll. Das Material sollte beweisen, daß der Kongreß der Werktätigen Hochverrat sei.

Folgend ist inzwischen eine Fortuntersuchung gegen Buchmann und Genossen wegen „Hochverrat“ begangen durch Agitation und Propaganda für den Kongreß der Werktätigen eingeleitet worden.

Die Asasia ist somit der Beginn des Kampfes der Partei gegen den Kongreß der Werktätigen. Die Beschlagnahme des Materials über die Fememörder kommt einem Verbot gleich, den bürgerlichen Justizminister Gütters gleich, gegen den beabsichtigt die Arbeiterbewegung wegen Begünstigung der Fememörder ein Verbot einbringen zu können. Die arbeitenden Massen ganz Deutschlands werden als Antwort auf diesen infamen Treib der bürgerlichen Reaktion ein recht alle Kräfte in den Dienst der Organisierung des Kongresses der Werktätigen stellen.

Der antibolschewistische Prophet entlarvt

Selbst der „Vorwärts“ rüdt ab.

Berlin, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Nunmehr muß auch der „Vorwärts“ vor dem Auftritten des angeblichen Sowjetkommunars Badjan, der in öffentlichen Vorträgen Entwürfe über den Bolschewismus zum besten gibt, warnen. Der „Vorwärts“ bezeichnet Badjan als einen zweifelhaften Menschen und seine Entwürfe über den Bolschewismus als faulen Zauber. Der „Vorwärts“ kommt zu dieser Stellung deshalb, weil Badjan sich auch gegen die Denschemisten wendet. Solange er aber die würteligen Lügen gegen die Bolschewisten vom Stapel lieh, hat der „Vorwärts“ bereitwillig seine Spalten dem politischen Giftmischer geöffnet.

„Wir bejahen am Staat was gut ist...“

Die Linke und die Rechte aus dem Lager der Sozialdemokraten hielten am Sonntag ihren Parteitag an. Beide Parteien hielten auch ihre Landtagsmandatanten auf. Die USPD hat als Spitzenkandidat den Kreisbauernführer Buchmann aufgestellt. In zweiter Stelle steht Robert Birck, dann folgt Schriftleiter Berthe und die „Krausfeldersche“ Frau Kültner. An vierter Stelle steht der Arbeitsminister Gauer. Wilhelm Buch ist nur Jungkandidat, in den Landtag einzutreten wird er wohl kaum. Die gesamte Liste ist sehr bescheiden, sie charakterisiert die USPD. Da kandidieren: Schulmeistermeister, Direktor, Kommissionsrat, Landratsverwaltungsamtspräsidenten in und außer Dienst, Regierungsräte, Gewerkschaftsbeamte und Stadträte. Dazu ein paar Arbeiter zur Klaffung. Die „Linke“ haben ihre Liste auch kurz geändert. Die Spitze hat Fritz, dann kommt ein Wirtschaftsbekannter Schulte, ihm folgt die Hausfrau Thömmel, an vierter Stelle kommt Rudolf, an fünfter Edel, Bernhard Meute steht an achter Stelle, Schwarz an elfter, Tempelmeier an dreizehnter und Komus an achtzehnter. Eine Anzahl der bisherigen Fraktionsmitglieder der SPD scheiden also bestimmt aus.

Der Parteitag, der sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschränkte, zeigte kein großes Leben. Einmütig wurde beschlossen, über das dort gehaltenen Referat Ebels nicht zu diskutieren. Das Referat selbst enthält nach dem Bericht der „Krausfelderschen“ nur eine interessante Stelle, eine wohl an die Adresse der Bürgerlichen abgegebene Erklärung, daß die SPD den Staat bejaht. Nach der richtigen Feststellung, daß die Republik von den Kapitalisten beherrscht werde, erklärte Ebels: „Wir bejahen am Staat, was gut ist, wir verneinen, was schlecht ist.“

Praktisch bedeutet diese Erklärung nichts anderes, als die grundsätzliche Anerkennung der kapitalistischen Republik. Die Linke wollen nur für einige Reformen „kämpfen“, nicht für eine grundsätzliche Beseitigung des kapitalistischen Staates. Gegen die Rechte hätte Ebels eine launische Polemik und die alte Methode des nur partiellen Eingehens. So zitiert er über den Innenminister: „Wenn ich dich ich, dann muß ich meinen.“ Zum Schluß folgte dann die übliche Kampfanzeige gegen die Kommunisten.

Die Mitglieder nahmen nicht Stellung zu den Aufgaben. Die Anführer waren nahher sehr erregt über die „Einigkeit und Geschlossenheit“.

Solche Situationen, wo die Delegierten schweigen, gab es früher schon in der USPD; ein Zeichen von Kraft und Leben ist das nicht.

Gilberbergs Praxis

Auf der Dresdner Industriellen-Tagung streifte der rheinische Braunkohlenkönig Silberberg im Namen der deutschen Industriellen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die „Arbeiter-Hand hat. Leipziger und Co. schießen begeistert ein. Dabei herrschte in Trajas Hallen. Manche sozialdemokratischen Parteimitglieder waren vor Freude ganz außer dem Häuschen und glaubten schon die Zeit des „ewigen Kaiserreiches“ für gekommen. So schrieb das sozialdemokratische „Rohmer Volksblatt“, die Bemerkungen Silberbergs seien „von einschneidender Bedeutung sowohl für die sozialpolitische Gestaltung des öffentlichen Lebens im Industriegebiet als auch für die Politik im Reich“. Sie bedeuten einen „neuen Abschnitt in der Politik des Unternehmertums“.

Wären die sozialdemokratischen Redakteure, die diesen Uninn fabrizierten, anstatt mit dem Unternehmertum mehr mit der Arbeiterklasse verbunden, sie hätten sich vielleicht gefragt, wie weit es denn im eigenen Sinne des Herrn Silberberg aus, der so große Töne von der neuen Wera des Klassenkriegs in die Welt jagt. Sie hätten dann vielleicht mit einigen Erfahrungen wahrgenommen, daß gerade die etwa zehntausend Grubenproleten im rheinischen Braunkohlengebiet des Herrn Silberberg der brutalsten Ausbeutung ausgesetzt sind, daß sie lange Zeit hindurch in unmenschlicher Arbeitszeit schuften mußten und das erst seit dem 1. März 1925 und auch nur durch einen von Silberberg abgeleiteten Schiedsspruch des Schlichters die bis heute noch geltende Jehnft und den nicht eingeleitet worden ist; sie hätten vielleicht Kenntnis genommen von dem Schritt der Gewerkschaften, die von Silberberg und seinen Freunden in Anbetracht der Massenarbeiterschaft die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit forderten und von der getriebenen räuberischen Antwort Silberbergs, die folgendermaßen lautete:

„Wir lehnen unter allen Umständen eine Verlängerung der Arbeitszeit ab.“

Wir vermögen keinen Grund dafür zu finden, die im Februar getroffene Arbeitszeitregelung nach irgendeiner Richtung hin abzuändern. Verhandlungen zwischen den Parteien sind zwecklos.“

Wieselicht hätten die sozialdemokratischen Redakteure auch bemerkt, daß die Löhne der Silberbergischen Braunkohlenarbeiter trotz der langen Arbeitszeit und trotz härtesten Schichtens noch erheblich unter denen der Ruhrproleten liegen. Sie betrugen für das 1. Quartal 1924 einschließlich aller Zulagen und Abzüge pro Schicht:

Am linken Niederrhein 7,46 Mark im Oberbergamtsbezirk Dortmund 7,88 Mark im Ruhrschälischen (Ruhr) Braunkohlenrevier 7,26 Mark

Am 1. September wurden sie nach langen Feilschen um — sage und schreibe — 4 Prozent (!) erhöht. Dafür mußten die Gewerkschaften als „Entschädigung“ in die Festlegung der zehntägigen Arbeitszeit bis Mai 1927 einwilligen, also ein fabelhaftes Geschenk für Herrn Silberberg auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Der Erfolg dieser brutalen Ausbeutermethoden ist Silberberg auch nicht verlagert geblieben. Seine „Rheinische Braunkohlen-A.-G.“ gehört heute zu denjenigen deutschen Unternehmen, die den meisten Profit abwerfen. Der Kurserfolg ihrer Aktien ist fast so hoch wie der Aktienkurs des Edelmetalls. Der Rohgewinn liegt innerhalb eines Jahres von 15 750 000 Mk. auf 18 150 000 Mk.; die Ausbeutermethoden haben sich also für Silberberg glänzend gelohnt. Er hat durch seine Praxis bewiesen, daß er allenfalls für eine Milderung der Ausbeutung — bei seiner Konkurrenz eintritt, in seinem eigenen Hause er aber meisterlich versteht, aus den Proleten mit allen Mitteln auch das Letzte herauszuquetschen.

Die „Leipziger Volkszeitung“, der wir einen Teil dieser Angaben entnommen haben, bemerkt zu der Silberbergischen Rede mit Recht:

Ausgeredet nach Dresden ist der rheinische Braunkohlenkönig gewandert, um seine Redikone an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften loszulassen. Das hätte er viel bequemer in Köln tun können, inmitten seiner zehntausend Grubenproleten des rheinischen Braunkohlenreviers. Wenn er reiferproleten will, so soll er wenig bei sich haben anfangen. Darauf kam es ihm und seinen Sozialisten aber nicht an. Das Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern soll

eben dithen wie bisher: Herren und Anarchie. Wohllich die Spitzen der Arbeiter-Organisation lassen geföhrt und eingeleitet werden, damit sie die Politik der Silberbergs machen und damit wieder das gefestigte Vertrauen der Arbeiter erneuert aufs Spiel legen.“

Es ist allerdings nötig, diesen Ausführungen hinzuzufügen, daß Leipziger und seine Genossen die Silberbergische Politik schon seit langem zumindest passiv unterstützen; ihr Intendriemagnaten zugunsten der großen Koalition, seinen deutlich wie eine Fäden bereits zwischen den „Spitzen der Arbeiterorganisation“ und den Herren der deutschen Industrie geknüpft sind. Es bedarf der ganzen Kraft und Aufopferung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder, um die neuen arbeitseigenen Pläne der Leipziger, Grafmann und Silberberg zu verhindern zu lassen.

ADGB-Führer für den Silberbergs-Patt

In einer Jubiläumsgandgebung der freien Gewerkschaften in Krefeld gliederte der Bezirksleiter des ADGB, Heinrich Reier, die Rede des Großindustriellen Silberberg und erklärte:

Wir brauchen die Arbeitsgemeinschaft, und wenn die deutschen Industriellen durch Silberberg verstanden, daß sie sich auf den Boden unserer Republik stellen, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht (!), so treffen wir uns mit den Unternehmern in unsern Wünschen. Wir sind bereit, mit Silberberg zusammen zu arbeiten, jedoch nicht unter seiner Führung, sondern als Gleichberechtigte (!). Dazu gehört auch, daß wir in den Industrie- und Handelskammern paritätisch vertreten sind. Nur so können wir die frante Wirtschaft wieder in die Höhe bringen.“

Diese Aeußerungen des reformistischen Bezirksleiters von Rheinland-Westfalen sind ein sehr wertvolles Gesandnis über den Kurs, der unter Führung Leipzigers zur Zusammenarbeit mit den rheinisch-westfälischen Industriellenkapitalisten geföhrt werden soll. Es paßt ganz gut dazu, daß in diesem Referat des Herrn Reier auch nicht ein einziges Mal nur das Wort „Sozialismus“ vorkam. Die frei organisierten, in der schätzmäßen Lohnnachtherchaft schmachenden Arbeiter Rheinland-Westfalens werden Herrn Reiters Politik aufs kräftigste ablehnen. Im Kampfe innerhalb der Gewerkschaften muß dies Unternehmernpolitik der Gewerkschaftsführer beiläufig werden, um die Gewerkschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes zu machen. Darum erst recht: Hinein in die freien Gewerkschaften! Nieder mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik!

Entwürfen über den Reichswehrmarkt

Seewing, der „tüchtige Minister“.

In der Kreiszeitung des Rheinisch-Westfälischen machte der deutshationale Abz. Jahnke Aussagen über die Diktaturbestrebungen im Herbst 1923. Er erklärte, daß im Herbst 1923 eine Menge Seerechnungen über eine „Umgestaltung der Regierung mit Hilfe der Reichswehr“ stattgefunden haben, an denen die Herren Winoar, General v. Seckt und Reichspräsident Ebert teilnahmen. Auf die Frage, ob er über die Wardspläne gegen Stresemann und Seewing informiert gewesen sei, erklärte Jahnke, er habe allerdings „Beiseid gewußt“, aber er habe Seewing nicht erörtern wollen, da er ihn für einen tüchtigen Minister halte, von dem er nur besaure, daß er nicht im Lager der nationalen Verbände stehe.“

Der Bräudeneinsturz in Gark

„Die Kleinen werden gehangen...“

Berlin, 21. September. Wie die Morgenblätter aus Stettin melden, führte die vom Oberstaatsanwalt in Stettin geleitete Untersuchung in der Angelegenheit des Garker Bräudeneinsturzes am Montag nachmittags nach längerer Vernehmung des Betonmeisters Jirich-Berlin zu dessen Verhaftung. Jirich, der dem Amtögericht Gark angeführt wurde, wird zur Haft gelegt, daß er bei der Beheimachung für die Freierhandlung die notwendige Sorgfalt schuldhafterweise außer acht gelassen habe.

Auch hier wird die bekannte Methode angewendet, das Antirechtliche wird geschickt, als Schuldige holt man nicht die Firmeninhaber, sondern einen kleinen Arbeiter heron, diese wird dann eingesperrt und verurteilt, das Profitierstüm ist dann gerechtfertigt.

Fortführung des englischen Bergarbeiterstreiks

Die reformistischen Führer verraten die Bergarbeiter

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Gohren nachmittags trat der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft zusammen, um zu den neuen Vorschlägen Baldwin, auf Einleitung eines Bergarbeiterstreiks mit der Befugnis, die Diktatorabkommen zu überprüfen, Stellung zu nehmen. Churchill, MacDonald und eine Anzahl rechter Bergarbeiterführer unternehmen es gemeinsam, die Bergarbeiter zur Annahme der Regierungsvorschläge zu bewegen. Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes verlief völlig ergebnislos. Es sollen heute Diktatorabkommen einberufen werden, die zweifellos die Regierungsvorschläge ablehnen und die Fortführung des Kampfes beschließen werden.

Verbrecherpolitik eines Diktators

Athen. Der gestürzte Diktator Pangalos erklärte einem Zeitungsreporter, er stehe bei in der Lage gewesen, Griechenland einen neuen Aufstieg zu ermöglichen. Er habe Thrakien durch einen plötzlichen Ueberfall belegen wollen, um damit der Türkei einen empfindlichen Schlag zu verziehen. Pangalos selbst habe den Aufmarschplan ausgearbeitet gehabt und nur Kenntnis davon Mitteilung gemacht. Der Bormarck wäre so schnell erfolgt, daß ausländische Interventionen nicht möglich gewesen wären. Ein beachtlicher Balkanstaat hätte sich diesen Plänen anschließen. Durch seinen Sturz wäre die nationalgriechische Expansion verhindert worden.

Bormarck der Kantontuppen

Peking, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kantontuppen rücken an der Bahnlinie Hanan-Peking weiter vor, ohne Widerstand zu finden. Angeblich hat Wupaija 30 000 Mann gegen die national-revolutionären Truppen gesandt, um den Bormarck zum Stillstand zu bringen. Waisung, das von den Kantontuppen belagert wird, steht infolge Ernährungsschwierigkeiten vor der Uebernahme.

Chinesischer Protest

Gegen die von den Engländern angerichteten Blutbäder.

Peking. Die Fakultät der Nationaluniversität hat an die Mitglieder des britischen Parlaments ein Protesttelegramm gerichtet wegen der unerhörten Blutbäder, die die britischen Dampfer auf dem Yangtse verübt haben. Mehrere hundert britische Marinesoldaten hätten beide Ufer des Flusses beschossen und den Chinesen 2000 Mann Verluste in der Stadt Wanhsien zugefügt. Die Aktion sei viel unmenschlicher noch als das Mordspiel von Schanghai am 30. Mai vorigen Jahres. Das Telegramm ist unterzeichnet von Chu Chia Huh als Vorkämpfer der Nationaluniversität der Provinz Jiangsu. In Chungking fand ein Massenmeeting zum Protest gegen die britische Kriegsaktion statt. Verlangt wird die Entlassung der britischen Eigentümer und Kaptäne, die Verschlagnahme des britischen Eigentums und Schließung des Flusses für alle fremden Schiffe. Mehrfache Massenmeetings, die die Steigerung der nationalen Welle andeuten, sind für Peking geplant.

Eine neue Phase der Nationalisierung

Von Carl Stude

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Staatlich privilegierte Korruption

Das Schund- und Schmutzgericht, das die Vernichtung aller revolutionären...

Bekanntlich ist dem Gelehrten durch die Regierung eine... die nach dem Beschluß des Bildungsausschusses...

Berlin: Morgenpost, Lokalanzeiger, Deutsche Allgemeine Zeitung, Deutsche Zeitung, Germania.

Bremen: Bremer Nachrichten, Courier, Her-Zeitung.

Breslau: Breslauer Zeitung, Generalanzeiger, Schließliche Volkszeitung, Schließliche Zeitung.

Braunschweig: Braunschweig Landeszeitung.

Dresden: Neue Nachrichten, Dresdner Anzeiger.

Essen: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Neue Nachrichten.

Frankfurt a. M.: Generalanzeiger, Neue Nachrichten.

Gleiwitz: Oberschlesischer Wanderer, Oberhiesl, Volksstimme.

Hamburg: Hamburger Nachrichten, Correspondenz, Fremdenblatt, Neue Nachrichten.

Hannover: Courier, Hann. Anzeiger, Hann. Tageblatt.

Köln: Neue Nachrichten, Rheinischer Tageblatt.

München: Neue Nachrichten, Allgemeine Zeitung, Münchener Kugelschreiber, Abendzeitung, Münchener Zeitung.

Dieser Auszug aus der umfangreichen Liste beweist, daß die gesamte bürgerliche Presse...

Der weitaus hat der bereits bestehende Hamburger Prüfungsausschuss die Ausgaben des Berliner Lehrerauswahls...

Kun ist auf sozialdemokratischen Antrag im Ausschuss beschlossen worden, der Staat sollte auch...

Wie nationalistische Behelme entstehen

Hugenberg's „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Kultur“

In der „Völkischen Zeitung“ wird über die Art und Weise berichtet, mit der die Herstellung der sogenannten „deutschen Kulturfilme“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

Der Film soll heißen: „231. Ein Film gegen die Kriegsschuld“...

einer langsame Anshungerung preisgegeben sind; gegen diese Generaloffensive muß das gesamte werktätige Volk mobilisiert werden.

Die Rentner und Später werden von den Industriegeheimnissen, den Rührstern der Inflation, enteignet. Die Generaloffensive richtet sich auch gegen sie. Man will ihnen die Teilhaberschaft der sogenannten Aufwertung nehmen. Den Alters- und Invalidenrenten soll die färgliche Hungerrente angesetzt werden.

Die Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen sollen durch die Streichung der Rente dem Hungertode preisgegeben werden.

Erdrückt von den Wucherpreisen der großkapitalistischen Trusts und Kartelle, sollen die kleinen Erzeugnisse des Mittelstandes vernichtet, der kleine Bauer den Wucherpreisen des Großgrundbesitzers ausgeliefert werden. Das ist der Sinn der angekündigten zweiten Phase der Nationalisierung.

Der Kongreß der Werktätigen muß gegen diese Pläne ein festes Kampfbündnis zwischen Stadt und Land herstellen. Er muß die Einheitsfront aller Arbeiter im Kampf schmieden; er muß die Mittelständlichen mobilisieren.

Der Kongreß der Werktätigen muß der Mafiats werden zum Kampf nicht nur gegen die neue Offensive des Kapitals, er muß das Signal sein zum Kampf um die Regierung der Werktätigen in Stadt und Land.

Weniger Arbeiter - mehr Direktoren

Wohndruck bei Arbeitern und unteren Beamten - Kriensgehälter bei den Direktoren.

Unter dem Schloß der „Nationalisierung“ haben die Unternehmer ihrer Offensive gegen den Proletariat verschärft. Rücksichtslos fliegen die „überflüssigen“ Arbeiter und unteren Beamten auf die Straße, übermenschliches werden die im Betrieb Verbleibenden ausgenutzt, ihre Leistungsfähigkeit bis zur Meckelung erschöpft, die Löhne und Gehälter auf die Hälfte gedrückt. Als das geschieht unter dem Hinweis der Notwendigkeit der „Rat der Wirtschaft“, wo aber mehrwöchentliche dieser „Grundriss“ keine Anwendung findet, sind die Direktoren- und Aufsichtsratsposten.

So stellen die „Leipziger Nachrichten“ fest, daß 10 schließliche Gesellschaften, die 1918 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder besaßen, heute 30 Direktoren und 74 Aufsichtsratsmitglieder in ihrem Apparat sitzen haben.

Die Gute-Hoffnung-Batterie, die vor dem Kriege bei 9000 Arbeitern 4 Direktoren besaß, hat heute bei einer Belegschaft von 5000 Mann 10 Direktoren. Bei der Porzellan- und Tonwerke man vor dem Kriege 5, heute 19 Direktoren, und die Maschinenwerke, deren 3500 Arbeiter vor dem Kriege von 3 Direktoren geleitet wurden, haben heute 7 Direktoren bei einer Belegschaft von 2600 Mann. Welche Krienshummeln diese Wuchergehälter im Gegensatz zu den sinkenden Löhnen und Gehältern, die den unteren Beamten und Arbeitern gewährt werden, zeigt folgende Gegenüberstellung: Ein Augsburger Betrieb zahlt jetzt folgende Gehälter: Ein Arbeiter 27 000 M., ein Direktor 24 Angehörigen im Jahre insgesamt 67 000 M. jährlich. In dagegen derselben Betriebes erhielt 60 000 M. jährlich. In einem anderen Betrieb werden für 60 Angestellte 144 000 M. einem Direktor bezahlet dagegen 166 000 M., an Gehalt und außerdem 144 000 M. Pensionen. Die Zigarettenfabrik „Zosmag“, die Entlohnung des Betriebes, um einige Tausend Arbeiter und Angestellte entlassen zu können, zahlte 200 Angestellten im

Über alle Fragen des Betriebs- und Arbeitsrechtes informiert Dich der Arbeiterparade. DURCH DIE POST BEZOGEN VIERTELJ. 50,-

Die neuen Beweise für Saccos und Vanzettis Unschuld

Das Schicksal Saccos und Vanzettis wird in diesen Tagen entscheidend, und die Arbeiterheit der ganzen Welt erwartet mit Spannung und in Kampfbereitschaft die Entscheidung, die in Dehham fallen soll.

Dem berüchtigten Richter Robler Thayer, der den Fall nicht, liegen neben dem Gesändnis des Rärbers Thayer 61 eidensrechtliche Versicherungen vor, die einen südenlosen Beweis für die Unschuld Saccos und Vanzettis liefern. Dies Beweismaterial, das am ersten Tage des neuen Termins, am 18. September, vor der Öffentlichkeit entrollt wurde, hat in der amerikanischen Arbeiterheit die tiefste Erregung hervorgerufen, denn noch niemals wurde so deutlich wie diesmal festgestellt, daß die Regierung selbst diesen Vorkommnissen zwei unschuldigen Arbeitern planmäßig vorbereitet hat.

Unter den von der Verteidigung dem Gericht vorgelegten eidensrechtlichen Versicherungen befinden sich die von zwei ehemaligen Agenten des Justizministeriums der Bundesregierung, Lawrence Veiherrmann und Frederick J. Wenzel, die bekunden, daß die Korruption gegen Sacco und Vanzetti deshalb erhoben wurde, weil es dem Justizministerium nicht gelungen war, die Deportierung von Sacco und Vanzetti zu erreichen. Aus weiteren eidensrechtlichen Erklärungen geht hervor, daß sich in den Archiven des Justizministeriums die Berichte von 12 Justizagenten befinden, die alle die Unschuld Saccos und Vanzettis beweisen. Die Verteidigung hat beim Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, Mr. John G. Sargent, den Antrag gestellt, daß die Berichte hervorgeholt und dem Gericht übergeben werden. Dieser Antrag wurde jedoch fast partiell abgelehnt. Aus allen diesen Tatsachen geht die Unschuldhaftigkeit der Vorkommnisse hervor, die im August 1921 in Boston, daß der Prozeß eine Angelegenheit des Staates Massachusetts sei, klar hervor. Arbeiter aller Länder! Protestiert aufs neue gegen das ungeheuerliche Verbrechen, das durch diese Entschlüsse in seiner ganzen Größe entlarvt ist!

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...

Die Dresdner Tagung der Industriellen... die Dresdner Tagung der Industriellen...



Wir führen Wissen.

Gewerbesteuer-„Befreiung“ der sächsischen Konsumvereine

Kampf der „rechten“ und „linken“ Sozialdemokraten
Von Otto Schröder.

2.

In dem ersten Artikel wurde gezeigt, wie die Kämpfe um die Frage der Gewerbesteuerbefreiung der sächsischen Konsumvereine mit einer formalen Bestimmung auf Steuerbefreiung im sächsischen Steuergesetz ihren vorläufigen Abschluss fanden, wie jedoch diese Bestimmung des Gewerbesteuergesetzes als ein taktisches Manöver der rechten Sozialdemokraten zu betrachten ist und wie die sächsische Regierung wiederum im Sinne der Befreiung der Konsumvereine einen Kommentar zu der Bestimmung des Gewerbesteuergesetzes abgeben hat, der eine Bezugnahme aller Konsumvereine auf Gewerbesteuer ermöglicht.

Kampf der Rechten und „Linken“.

Die Auseinandersetzungen der rechten und „linken“ Sozialdemokraten um die Frage der Gewerbesteuerbefreiung der Konsumvereine haben sich bisher vornehmlich in hellenen Presseartikeln zwischen den Zeitungen der „Rechten“ und „Linken“ abgetragen. Der „Volksstaat“ das Organ der rechten Sozialdemokraten, schreibt als „Begründung“ ihres Verrats der Interessen der Konsumvereine mit folgenden Worten:

„Im jüngsten Heft, das wir die Gesetze mit der Koalition ändern mußten und das es nicht angeht, in entscheidender Frage wie es Steuergesetze sind, die Koalition zu verlassen und als Koalitionsgegner zu arbeiten. Das wäre der Bruch mit jenen Regierungsbündnissen; denn das würde sich keine Partei leisten.“

Als des Regierungsbündnisses der rechten Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien willens auch die Vertreter der proletarischen Genossenschaftsmitglieder preisgegeben werden. Die „Rechtsstimme“, dementsprechend dem „Volksstaat“ und bemerkt zu der Mitteilung der Rechten:

„Soweit ist es gekommen! Hätten die klugen Herren von der Koalition unserem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, dann hätten die Genossenschaften nicht notwendig durch die Forderungen der rechten und bürgerlichen Parteien nach Abschließung der Interessengruppe der Konsumvereine sich selbst ins Spiel zu führen. . . Sozialistische Mitglieder in Sachverstand erklären im Gegensatz zu diesem selbstverständlichen Urteil, daß die Befreiung der Konsumvereine als Gewerbesteuerbefreiung doch nicht aufrechterhalten lassen.“

Kündigungs der genossenschaftlichen Zentralinstitute mit den Rechten.

Die Auseinandersetzungen haben eine solche Form angenommen, daß die Chemiker „Volksstimme“ Nr. 188 verlangt:

„Man muß bedenken, daß es hauptsächlich Angehörige des Konsumvereins sind, die für die WGS die Geschäfte führen. Wenn man mit Recht fragen, ob dadurch die Genossenschaftsbewegung gefördert oder geschädigt wird. Das letztere scheint die Raison zu sein, und deshalb müssen die Genossenschaftler ein solches Wort mitbedenken. Wenn man in der Genossenschaft nicht dann erwartet, wenn von den Angehörigen, daß sie ihre Kräfte einsetzen und nicht in der Befreiung der Konsumvereine die Partei ihr Lebensideal erblicken. Hier muß Klarheit geschaffen werden.“

Zur Mitteilung der „Volksstimme“ benützen die genossenschaftlichen Zentralinstitute, um ein vollständiges Bündnis mit den rechten Sozialdemokraten herzustellen. Unter der Überschrift „Kundigung“ schreibt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ den 17. August: „Auf-Geißelung“ herbeigeführt und eine Veränderung der politischen Meinungsrichtung für die Konsumgenossenschaft angestrebt werden. Man verweist darauf, daß die Konsumvereine „politisch andersdenkenden Angehörigen“ ebenso „terrorifiziert“ und sogar „aus ihren Stellungen“ vertrieben. Deshalb wird an die Leitung der WGS und der Zentralinstitute appelliert, „Dummheiten“ zu verhindern und zu vermeiden, daß Angehörige „von mild gewordenen Parteipositionen abgezogen werden“. Es wird deshalb folgendermaßen erklärt:

„Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird jeden Versuch, das allen Vertrieben, den Parteilisten in die Konsumvereine hineinzutragen, mit den schärfsten Mitteln, insbesondere mit dem Ausschluß der Schuldigen, entgegenzutreten.“

„Allen denjenigen, die gegen die rechten Verräter in den Konsumvereinen vorgehen, wird der Ausschluß angedroht, wie in der Vergangenheit die Kommunisten angegriffen und in manchen Konsumvereinen durchgeführte wurde. Die Genossenschaftsvereine in Hamburg hat damit die rechten Verräter unter ihre Fahnen genommen, ihre Preisgabe der Interessen der Konsumvereine akzeptiert und sich mitverantwortlich gemacht.“

Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen

Von Robert Tresfal.

(18. Fortsetzung.)

Er ging hinein, um die Zeitung zu kaufen. War ein häufiger Kunde, und der Inhaber konnte ihn beim Namen nennen.
„Lächelndes Wetter“, bemerkte er, als er Owen die Zeitung gab. „Das ist doch auch für ihr Gewerbe sehr schlecht, nicht wahr?“
„Ja“, erwiderte Owen, „viele sind jetzt arbeitslos, aber schließlich habe ich Innenarbeit.“
„Dann haben Sie aber wirklich Glück“, sagte der andere. „Sollte Sie, es soll ja eine ganze Menge Arbeit geben, sobald das Wetter ein bisschen besser wird. Die ganze Außenarbeit von diesem Haus hier soll repariert werden. Ein solches Stück Arbeit, was?“
„Ja — wer hat denn den Auftrag?“
„Schneidmacher und Sloggi. Das Bureau ist drüben in Lindley.“
„Ich kenne die Firma“, sagte Owen grimmig. Er hatte nichts für sie gearbeitet.
Der Vorarbeiter war heute hier, fuhr der Ladeninhaber fort, und sagte, sie wollen Montag morgen anfangen, wenn das Wetter einigermassen anständig ist.“
„Wollen hoffen“, sagte Owen, „den Sonntag liegt alles sehr still.“
Als er die Straße schon halb demüht war, hielt er jügend an. Er dachte an die eben geordnete Neuigkeit und den alten Owen.
Wenn es erst allgemein bekannt war, daß die Arbeit losgehen sollte, würde ein großes Wettschießen beginnen, und wer wußte, welcher zuerst. Wenn er Jax heute noch sah, dann würde der Alte unter Umständen die Arbeit kriegen.
Owen ärgerte; er war ganz durchnäht, und bis zu Lindens Wohnung waren es wenigstens zwanzig Minuten. Dennoch, er wollte es ihm wissen lassen, denn wenn er nicht einer der ersten war, hatte Lindens nicht viel Aussicht gegenüber den jüngeren Leuten.
Er lehrte um und ging in der Richtung auf Lindens Haus weiter, obwohl er nur noch ein paar Schritte von seiner eigenen Wohnung entfernt war. Aber er ging nicht hinein, denn er hätte seine Frau verurteilt, ihn zu überreden, doch nicht weiterzugehen.

Gemeinsame Schuld der rechten und „linken“ Sozialdemokraten und Genossenschaftsvereine.

Schon im April ist von der sächsischen Presse der SPD dazu hingewiesen worden, daß die Rechten für die Befreiung der Konsumvereine mit der Gewerbesteuer eintreten. Die weiteren Auseinandersetzungen haben die Auffassung vollständig bestätigt. Dabei kümmern sich die Rechten nicht einmal um ihre kapitalistischen „Rechts“-Begriffe, nach denen es eine Unmöglichkeit ist, die Konsumvereine mit Gewerbesteuer zu belasten, da sie kein Gewerbe betreiben, sondern nur Waren an ihre Mitglieder verteilen. Den „linken“ Sozialdemokraten wurde schon damals gesagt, daß die Situation in Sachsen Landtag eine parlamentarische Abwehr der Gewerbesteuerbelastung der sächsischen Konsumvereine unmöglich mache. Es wurde deshalb der außerparlamentarische Kampf für die Landtagsauflösung, die Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheides in Verbindung mit dem Kampf gegen die Selbst-Regierung verlangt. Die „Linken“ sind über eine Preispolitik und Auseinandersetzungen in den parlamentarischen Kommissionen nicht hinausgekommen und haben damit gezeigt, daß ihnen ernstlich überhaupt nichts an einem Kampf gegen die Gewerbesteuerbelastung der Konsumvereine liegt. Die Instanzen der sächsischen Konsumvereine und die Zentralinstitute in Hamburg haben nichts getan, um eine großartige außerparlamentarische Kampagne gegen die Gewerbesteuerbelastung in Verbindung mit dem Kampf für den Sturz der Selbst-Regierung durchzuführen. Man hat sich auf parlamentarische Verhandlungen beschränkt.

Wie soll der Kampf weitergehen?

Die „Linken“, die durchaus einsehen, daß der jetzige Zustand in der Gewerbesteuerfrage bei einer Aktivität der Reaktion zur vollständigen Heranziehung der Konsumvereine für die Steuer führen muß, weichen als einzige Möglichkeit auf die Landtagswahlen hin. Zweielsohne wird in dem Wahlkampf die Preisgabe der Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder durch die rechten und „linken“ Sozialdemokraten eine wesentliche Rolle spielen. Darüber hinaus muß gleichzeitig die außerparlamentarische Mobilisierung der Mitglieder der Genossenschaften, in Verbindung mit der gesamten Arbeiterkraft, zum Kampf gegen die Gewerbesteuerbelastung und gegen die Selbst-Regierung erfolgen. Die sächsischen Konsumvereine müssen sich in die gemeinsame proletarische Kampfront einreihen, die zum Kampf gegen die Reaktion gebildet wird. Sie müssen ihre Mitglieder für den Kampf der Vertreibungen mobilisieren und nicht nur den Kampf gegen die Gewerbesteuerbelastung, sondern gleichzeitig den Kampf gegen die Umsatzsteuer, die Belastung aller anderen Steuern und das Frisko des Steuer-Kampfes der Genossenschaftsbürokratie aufnehmen. Sie müssen die Mitglieder mobilisieren für den Kampf gegen die Ausweisung der Wirtschaftskrise auf die Konsumvereine und die Unterbindung der kapitalistischen Rationalisierung seitens der Genossenschaftsbürokratie, gegen die zunehmende Forderung, die Ausweisung der Erwerbslosigkeit und die Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen, die Unterbindung des englischen Bergarbeiterstreiks um die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen erkennen, daß durch den Kongress der Vertreibungen und wachst ihr Schicksal und das ihrer Konsumvereine entschieden wird. Sie müssen die Bekämpfung des Kongresses seitens der Konsumvereine, auch gegen die Sabotage der Genossenschaftsvereine, in den jetzt überall stattfindenden General- und Vertreterversammlungen erzwingen, um die gemeinsame Kampfront der Arbeiterkonsumvereine mit der klassenbewußten Arbeiterkraft herzustellen.

Die Gewerkschaften und die Lehrlinge

Wieder einmal wird die Öffentlichkeit auf die Not und das Elend der Lehrlinge in Deutschland hingewiesen. Die Presse berichtet:
„In Frankfurt am Main hat ein Lehrling durch die Mißhandlungen von seinen Lehrern, Herrn Schmitt, der Halberstadt erkrankte Schmelzlehrling ihren Meister.
Der Grund dafür — Mißhandlungen.“
„In der Eisenhütte Düdelhorst-Herdt verunglückten zwei Lehrlinge tödlich. Der Grund: mangelhafte Schuttrichtung.“
Drei Meldungen nur, aber drei, die deutlich genug zeigen, daß der Lehrling heute wie früher der Ausbeutung, der Mißhandlung ausgeliefert ist.
Was aber noch schlimmer ist: in keinem Fall ist diesen Lehrlingen geholfen worden, ist Abhilfe für andere Lehrlinge geschaffen. Stelle man sich vor: über 800.000 Lehrlinge gibt es

heute in Deutschland, über 237.000 Lehrlinge davon sind in Betrieben beschäftigt, die drei bis fünf Arbeiter beschäftigen und wo in vielen Fällen direkt mittelalterliche Zustände vorhanden sind: Fühlungsrecht, Mißhandlungen usw. Wie viele Fälle könnten noch dazu aufgezählt werden, um zu zeigen, wie schrecklich heute noch der Lehrling dem Unternehmer, seinem Lehrherrn, ausgeliefert ist.
Schlusssatz ist der Lehrling. In Deutschland besteht kein einheitliches Gesetz über das Lehrlingswesen; die einzige gesetzliche Grundlage für das Lehrlingswesen ist in der Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1906 enthalten. Eine Verordnung zugunsten der Unternehmer, die dem Lehrling wenig Rechte gibt, dafür aber um so mehr Pflichten auferlegt.

Seit 1918 ist zur Verbesserung des Lehrlingswesens nichts Wesentliches getan worden. Die Rechts- und Schutzhaltungen regeln sich heute nach den veralteten Bestimmungen von 1906, wovon dann noch kommt, daß die Pflicht über das Lehrlingswesen den Handwerkskammern und Innungen anvertraut ist. Die megeren Ansehen, die im Betriebsratgeheim oder in der Demobilisationsverordnung für die Lehrlinge enthalten sind, kann niemand für ernsthafte Rechte zählen.
Es lautet nun die Frage auf: Ist denn wirklich seit 1918 seitens der Gewerkschaften zur Verbesserung des Lehrlingswesens nichts unternommen worden? Unternommen, oder besser gesagt, getrieben wurde in dieser Sache sehr viel. Es gibt wohl keine derartig gefundenen gewerkschaftlichen Jugendkonferenzen, die nicht Richtlinien zur Reform des Lehrlingswesens angenommen und diese den Regierungen zur Berücksichtigung überreicht hat. Die Regierungen verpackten darauf fast immer Verzicht auf die Lehrlinge; dabei ist es aber auch geblieben. Ein ähnliches Schicksal erlitten auch alle Entschuldigungen, die in dieser Frage von den Gewerkschaften eingereicht wurden.

Kein ernstlicher Kampf hat seit der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz in Kassel 1921 um die Durchführung der dort angenommenen Richtlinien stattgefunden. Dabei sind diese gar nicht einmal „umklümpert“. Die Richtlinien für die Neugestaltung des Lehrlingswesens und das „Jugendbildungsprogramm“ sind in ihrer Grundtendenz arbeitgemeinschaftlich, auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern ausgeht.

Der Entwurf zur Neugestaltung des Lehrlingswesens, der auf allen Konferenzen zur Beratung der Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit im wesentlichen derselbe geblieben ist, sieht vor, den Einfluß der Innungen und Arbeitgeberverbände weiterhin geistlich zu sichern. Am besten kommt das bei der Frage der Berufskommission zum Ausdruck, wo man vor schlägt, Berufskommissionen zu bilden, die aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in gleicher Stärke besetzt sein sollen. Alle Entscheidungen über Recht und Schutz der Lehrlinge, über Unterrichtsfragen usw. sollen von diesen Kommissionen gemeinsam vorgenommen werden. Hier zeigt sich ganz klar, daß die Unternehmer in der Frage des Lehrlingswesens weiterhin ausschlaggebend bleiben.

Darüber hinaus heßen auch nicht die anderen Forderungen, die auf den gewerkschaftlichen Jugendkonferenzen für die Lehrlinge aufgestellt wurden, die den Lehrlingen Verbesserungen in den Fragen der Arbeitszeit, des Urlaubs usw. bringen sollen. Die Annahme des gesamten Entwurfs würde in seiner Auswirkung für die Lehrlinge keinen Nutzen bringen.

Eine Neugestaltung des Lehrlingswesens mit wirklichen Verbesserungen des bisherigen Zustandes kann nur auf der Grundlage genannter Entwürfe, wie in den Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum geübt. An Stelle dieser Berufskommissionen gilt es, rein gewerkschaftliche Lehrlingskommissionen zu etablieren und die Bildung von Jugendbildungsstellen vorzunehmen, die die Aufgabe haben, in Gemeinschaft mit Gewerkschaften und Betriebsräten die Betriebe zu kontrollieren.

In der Gewerkschaftsbewegung ist das Augenmerk darauf zu legen, daß besonders wegen den sich ständig häufenden Unfällen und Mißhandlungen der Lehrlinge die Gewerkschaften sofort eine ernste Kampagne zur Erweiterung der Rechte und des Schutzes der Lehrlinge organisieren. Die Gewerkschaften dürfen sich von der Durchführung dieser kühnen Aufgabe nicht mehr wie bislang drücken. Nur wenn die Lehrlinge das Gefühl haben, daß die Verbände energisch sich ihrer annehmen, werden sie mit Liebe zu den Gewerkschaften kommen, und das ist notwendig, weil doch auf der heranwachsenden Generation die Aufgabe liegt, die Gewerkschaftsbewegung zum Sieg zu führen.

Gewerkschaftliches

Freiengewerkschaftliches Jugendkartell, 5. Bezirk (Johannstadt), Dienstag, den 21. September, Heimabend im Restaurant Koad, Jöllnerstraße. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
ADGB Ortsauslösung Seiffenhofsdorf, Morgen Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr: Sitzung in der „Kanone“, Erscheinen dringend notwendig.

Selbmann's Haferkakaopulver Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

Jax Lindens wohnte in einem kleinen Häuschen in Windley. Seit seiner Verheiratung vor mehr als dreißig Jahren lebte er schon da.
Das Häuschen und der Garten waren kein Stiefkind. Dauernd machte er etwas Neues daraus; er strich, tünchte, tapezierte, und so weiter. Auf diese Weise war das Haus, das eigentlich nicht viel wert war, allmählich ganz in Ordnung gekommen, und Jax faßte er nett an.
Ein weiteres Ergebnis seines Fleißes war, daß angefangen des dreißigsten Tages des Jahres, Herr Schmitz, der Eigentümer, zweimal die Miete gezahlt hatte. Als Lindens Jax einsetzte, betrug die Miete 6 Schilling wöchentlich, nach fünf Jahren stieg sie auf 7, und nach abermals fünf Jahren wurde sie auf 8 Schilling erhöht.
Während der dreißig Jahre, die er da wohnte, hatte er zusammen ungefähr 9000 Schilling bezahlt. — doppelt soviel, als das Haus überhaupt wert war. Jax beklagte sich aber keineswegs darüber, er war sogar sehr zufrieden. Er pflegte zu bemerken, daß Herr Schmitz ein sehr guter Hauswirt sei, denn zumeist, wenn er infolge von Arbeitslosigkeit mit der Miete drei oder vier Wochen in Rückstand geraten war, hatte der Verwalter, der den wohlwollenden Herrn Schmitz vertrat, ihn gehattet die Schuld in Teilabzahlungen abzutragen.
„Ein anderer Hauswirt“, pflegte der alte Jax zu sagen, hätte einfach die Einrichtung verkauft und uns auf die Straße gesetzt.“
Lindens Familie bestand aus seiner Frau, seinen beiden Enkelkindern und seiner jüngsten Tochter. Sie waren die Frau und Kinder seines jüngsten Sohnes, der als Stuhlmacher für Hurrig u. Co. gearbeitet hatte.
Sie hatten gerade ihren Tee getrunken, als Owen an die Eingangstür klopfte. Die junge Frau machte auf.
„Ist Herr Linden da?“
„Ja, mer sind Sie.“
„Mein Name ist Owen.“
Der alte Jax hatte aber Owen schon an der Stimme erkannt und kam zur Tür, verwundert, was den anderen wohl hergeführt hatte.
„Beim Nachhausegehen hörte ich, daß Schneidmacher und Sloggi Montag eine große Arbeit anfragen. Da bin ich doch herübergekommen, um es dir zu sagen.“
„Wieviel?“ fragte Linden. Da will ich gleich morgen früh mal anfragen. Es wird ja nicht viel Aussicht sein, denn viele ihrer alten Arbeiter warten auf Beschäftigung. Aber hingehen werde ich auf jeden Fall.“
„Weißt du, es ist doch eine große Arbeit, die ganze Außenfront von dem Haus an der Ecke Koad Street und Lord Street

ist gemacht worden. Sie brauchen ganz sicher ein paar Hände extra.“
„Das ist schon wahr“, sagte Linden. „Auf jeden Fall danke ich dir, daß du mich benachrichtigt hast. Aber komm doch aus dem Regen, du mußt ja ganz nah sein. In einer Minute hast du eine Tasse Tee.“
Owen trat ein, der Alte machte die Tür hinter ihm zu und führte ihn in die Küche.
Neben dem Feuer saß in einem großen Armstuhl Lindens Frau, eine gedrückte Gestalt mit weißen Haaren, und strikte. Die beiden Enkelkinder, ein Junge und ein Mädchen von sieben und acht Jahren, saßen noch am Tisch.
Die junge Frau gah schon den Tee ein. Die alte Frau Lindens, die Owen nie gesehen hatte, ihn aber aus Erzählungen kannte, war Mitglied der Kirche von England und sehr fromm. Mit Reugier sah sie auf den Arbeiter, der da herinkam. Er hatte den Hut abgenommen, und sie war überrascht zu finden, daß er nicht abstoßend ausah, sondern eigentlich angenehm. Aber rechtzeitig fiel ihr noch ein, daß Satan oft die Gestalt eines Engels annimmt. Der Schein trügt. Heimlich wünschte sie, daß ihr Mann ihn gar nicht ins Haus genötigt hätte, und sie hoffte nur, es würde keine bösen Folgen haben.
Die junge Frau gab Owen die Tasse und Lindens bestand darauf, daß er sich setzte, und dann begann er über Jäger zu sprechen.
„Weißt du, ich mußte doch einige Zeit auf die Türen verwenden, damit sie überhaupt nach was ausseh. Aber es war gar nicht wegen der Zeit, und auch nicht mal wegen dem Rauchen, daß er so loslegte. Er weiß ganz genau, wieviel Zeit man dafür braucht. Der wahre Grund ist: Ich krieger so viel Geld. Heutzutage wird alles so oberflächlich gemacht, da reihen solche Leute wie Samfins für das meiste aus. Jäger schob mich ab, weil ich den Spitzenlohn kriege, und du wirst sehen; ich bleibe nicht der einzige.“
„Ich fürchte, du hast recht“, erwiderte Owen. „Hast du mit Hurrig gesprochen, als du dein Geld abholtest?“
„Ja“, antwortete Linden. „Ich lief so schnell ich konnte, aber Jäger war eher da. Er überholte mich auf halbem Wege mit seinem Kade, und wahrscheinlich hatte er schon seinen Bericht gemacht, als ich kam. Als ich Herrn Hurrig ansprechen wollte, hörte er gar nicht zu, sondern erklärte, er könne sich nicht einmischen in Angelegenheiten zwischen Herrn Jäger und den Leuten.“
„Ach, sie sind eine schlecht Gesellschaft, die beiden“, sagte die alte Frau und schüttelte wie den Kopf. „Aber es wird ihnen böse heimgejahrt, das werdet ihr sehen.“ Sie werden niemals vorwärtskommen. Der Herr wird sie bestrafen.“
(Fortsetzung folgt.)

